

Lfd. Nr.	023	Datum:	13.05.14	Zeitung:	Frankfurter Rundschau
----------	-----	--------	----------	----------	-----------------------



RETTUNGSPAKET Eine Mauer aus Forderungen haben Mitarbeiter der Diakonie Hessen am Montag auf den Römerberg gebaut.

Das Rettungspaket Altenpflege soll auf die Bedingungen hinweisen, unter denen Fachkräfte und pflegende Angehörige arbeiten. Die Dia-

konie und evangelische Kirche sehen es an der Zeit, dass der Sozialstaat seinen Pflichten nachkommt. **jur Seite R4**

CHRISTOPH BOECKHELER

Für eine würdevolle Pflege

Aktion der Diakonie auf dem Frankfurter Römerberg

Von Jutta Rippegather

Warum sie hier auf dem Römerberg für das Rettungspaket Altenpflege demonstriert? Da muss Marianne Kayser nicht lange nachdenken: „Wir brauchen mehr Zeit“, bricht es aus der Pflegefachkraft spontan heraus. „Die viele Bürokratie – das macht unzufrieden.“ Es könne nicht so weitergehen, dass sie ständig Bewohner abweisen müsse, um den ganzen Papierkram erledigen zu können. „Darunter leidet die Qualität und die Motivation.“

Mit neun Kolleginnen vom Nellinistift im Frankfurter Holzhausenviertel ist sie dem Aufruf zur Teilnahme am bundesweiten Aktionstag der Diakonie gefolgt. Die Unterstützung ihres Chefs ist ihnen gewiss: „Wir brauchen Pflegekräfte, die sagen, wir gehen auf die Straße“, ruft ihnen Landeskirchenrat Horst Rühl zu, Theologischer Vorstand der Diakonie Hessen. Neben ihm stehen Volker Jung, Kirchenpräsident in

Hessen und Nassau, der Bischof von Kurhessen-Waldeck Martin Hein und Wolfgang Gern, Vorstandschef der Diakonie Hessen.

Vor ihnen stapeln sich Kartons mit lila Aufklebern: „Würdevolle Pflege“, „Familiäre Entlastung“, „Gerechte Finanzierung“ und „Attraktive Ausbildung“ lauten die Forderungen darauf. Und irgendwie hängt das alles zusammen. Ist genug Geld im System, haben die Pflegekräfte mehr Zeit für Zuwendung. Der Beruf genießt mehr Anerkennung, also ergreifen ihn mehr junge Leute. Und pflegende Angehörige werden unterstützt.

Angehörige schulen

Nach Jungs Vorstellung erhalten sie zwölf Monate Lohnfortzahlung oder von den Pflegekassen finanzierte Schulungen, um ihre Aufgabe besser bewältigen zu können. Die Pflegenden belastet vor allem die knappe Personaldecke. „Zehn bis zwölf Bewohner

pro Pflegekraft, das ist schon grenzwertig“, sagt Dragica Krsic, die im Nellinistift einen Wohnbereich leitet. „Der Personalschlüssel muss besser werden“, betont Pflegedienstleiterin Brigitte Weichel.

Für Bischof Hein ist die Zeit reif für einen „neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff“. Die auf körperliche Beeinträchtigungen reduzierte Definition blende soziale Teilhabe komplett aus. Und Gern nannte es einen „Skandal“, dass bundesweit 20 Prozent der Pflegebedürftigen Sozialhilfe beziehen müssen, obwohl sie ihr Leben lang gearbeitet und in die Sozialkassen eingezahlt haben. „Wir brauchen eine Pflegevollversicherung“, sagt er. Der Sozialstaat stünde in der Pflicht.

Nach der Demo bauen die Kirchenmänner die Mauer ab und packen die Rettungspakete ins Auto. Und fahren damit nach Berlin, heißt es. Zu Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU).

Titelseite

Seite R4